

zeitung gegen den krieg

Nr. 43 September 2018

100 Jahre Ende I. Weltkrieg und Revolution

Seite 2

Michael Müller Plädoyer für neue Entspannungspolitik

Seite 4

Kommentare von H. Hänsel, C. Haydt, K. Vogler

Seite 3

Kate Hudson Atomkrieg wird vorbereitet

Seite 4

W. Gehrcke / Ch. Reymann Feindbild Russland

Seite 5

Mohssen Massarat US-Rüstung und US-Dollar-Regime

Seite 6

Neue Kriegsdynamik und alte Forderungen am Antikriegstag

Stoppt die Hochrüstung!



Vor hundert Jahren, am 11. November 1918, unterzeichnete eine deutsche Vertretung im Wald von Compiègne die Kapitulation. Damit endete der Erste Weltkrieg und mit ihm der Versuch der deutschen Regierung – unterstützt von den Konzernen und Banken dieser Länder –, mittels Krieg die Vorherrschaft in Europa zu erzwingen.

Vor neunundsiebzig Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die deutsche Regierung, nunmehr im Verbund mit dem faschistischen Italien und mit dem militaristischen Japan und erneut massiv unterstützt von den deutschen Konzernen und Banken, wollte mittels Krieg eine weltweite Vorherrschaft durchsetzen.

Die aktuellen Verhältnisse scheinen komplex. Es gibt eine Art „westliche Holding der Hochrüster und Kriegstreiber“, die NATO, die ihre Gegner in Russland und China sieht. Gleichzeitig kommt es unter dem Dach dieser Holding zu Streit und Differenzierung: Trump fordert „America first!“. In der EU wiederum gibt es Gelüste, mittels eigener Hochrüstung zur eigenständigen Militärmacht aufzusteigen, um im Schatten eines drohenden militärischen Schlagabtauschs zwischen den USA und China selbst Großmachtambitionen umzusetzen.

In allen drei Konstellationen – Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg und aktuelle Konfrontation (wobei man letztere als bedrohlichen Vorlauf auf einen Dritten Weltkrieg

interpretieren muss) – gibt es *zwei Kontinuitäten*. Diejenige hinsichtlich der Ursachen für Rüstung und Kriege. Und diejenige in Bezug auf die Leidtragenden von Rüstung und Kriegen.

DIE URSACHEN Die großen Kriege im Kapitalismus waren vor allem eine Fortsetzung kapitalistischer Konkurrenz – geplant meist von derjenigen Wirtschaftsmacht, die glaubte, mit „friedlicher“ Konkurrenz ihren Expansionsdrang nicht (mehr) befriedigen zu können. Das traf im 18. Jahrhundert auf England zu (englisch-niederländische Kriege). Das traf im 20. Jahrhundert auf Deutschland zu (zwei Weltkriege). Das trifft heute auf die USA zu. Trump setzt auf Handelskrieg. Teilweise auch gerichtet gegen westliche Staaten (EU; Türkei). Sodann gegen Russland („Sanktionen“). Vor allem gezielt gegen China. Und warum China? Ganz einfach: Weil dieses Land seit knapp einem Jahrzehnt neuer Exportweltmeister ist. Der französische Präsident Macron bilanzierte durchaus zutreffend: „Ökonomischer Nationalismus führt zu Krieg. Das ist genau das, was in den 1930er Jahren passierte!“

Diese entscheidende Ursache für Krieg im Kapitalismus wird ergänzt um die *innere Dynamik der Rüstungsindustrie*, inzwischen des militärisch-industriellen Komplexes. Mit bis zu zwei Billionen US-Dollar Umsatz und mehr als fünf Millionen Beschäftigten direkt (und weiteren gut fünf Millionen „Beschäftigten“ in den Armeen) ist dieser Industrie-

zweig mächtiger als die Autobranche. Während die Autoindustrie von Krisentendenzen geprägt ist, boomt die Rüstung. Die USA erhöhen ihre Rüstungsausgaben zwischen 2016 und 2018 um mehr als 25 Prozent. Die deutschen Rüstungsausgaben steigerten sich 2017 und 2018 um rund 15 Prozent. Saudi Arabien stieg 2017 – hinter den USA und China – zum Land mit den dritthöchsten Rüstungsausgaben auf. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* stellte fest: „Die Staaten des Nahen Ostens sind in einen regelrechten Rüstungswettlauf eingestiegen.“ Während des NATO-Gipfels in Brüssel schnellten die Aktienkurse der Rüstungskonzerne Lockheed Martin (USA), Boeing (USA), Rheinmetall (Deutschland), Airbus (Deutschland-Frankreich), BAE System (Großbritannien), Thales (Frankreich), Leonardo (Italien) förmlich nach oben. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* frohlockte: „Die Aktien der Rüstungsunternehmen liegen derzeit hoch in der Gunst der Anleger. Das ist dem amerikanischen Präsidenten zu verdanken.“ (14.7.2018).

DIE LEIDTRAGENDEN Rüstung ist immer ein Abzug von gesellschaftlichen Ressourcen. Die für Waffen und Armee eingesetzten Gelder fehlen bei Bildung, Kultur, Kindertagesstätten, Universitäten, Krankenhäusern, Umwelt- und Klimapolitik usw. Hochrüstung heißt: noch weniger Geld für Menschen, Städte, Kultur und Klima. Die Rüstungsexporte „produzieren“ die aktuellen Kriege. Es gibt einen

direkten, belegten Zusammenhang zwischen den weltweiten Fluchtbewegungen und den Kriegen, die mit diesen Exporten „befeuert“ werden. Die weltweiten Rüstungsexporte reduzierten sich in den 1990er Jahren. Damals stagnierte die Zahl der weltweit registrierten Flüchtlinge; 1995 bis 2004 sank sie sogar auf weniger als 20 Millionen. Seit 2005 steigen die weltweiten Rüstungsexporte deutlich. Die Zahl der Flüchtlinge schnellte hoch – auf derzeit mehr als 65 Millionen. Die aktuellen deutschen Rüstungsexporte – z.B. nach Saudi Arabien und in die VAR zur „Befeuertung“ des Kriegs im Jemen – werden in weiteren Hunderttausenden Flüchtlingen resultieren.

Und schließlich gibt es die direkten Kriegsoffer. Der Erste Weltkrieg hatte 17 Millionen Tote und mehr als 100 Millionen Schwerverletzte als Ergebnis. Die Bilanz des Zweiten Weltkriegs waren 70 Millionen Tote, einige hundert Millionen Schwerverletzte, große Landstriche und hunderte Städte in Schutt und Asche und der vom deutschen Regime zu verantwortende Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an Sinti und Roma.

Die Mahnung „Nie wieder!“ ist so aktuell wie selten zuvor. Die Forderungen am Antikriegstag lauten: Abrüsten – stoppt das Hochrüsten! Stopp für alle Rüstungsexporte! Konversion der Rüstungsindustrie! „Hochgerüstet“ werden muss bei den Ausgaben für Kultur, Kinder, Klima und Frieden.

Hallo Frau Kanzlerin Merkel!

Angesichts der diesjährigen Hitzewelle mit Ernteausfällen und Waldbränden hat der Klimaforscher Mojib Latif Ihnen Mitte Juli 2018 „Untätigkeit in Sachen Klimaschutz“ vorgeworfen. Latif sagte: „Merkel war ja nie wirklich eine Klimakanzlerin. De facto gibt es keinen Klimaschutz, weder weltweit noch in Deutschland“. Der Ausstoß von Treibhausgasen nehme vielmehr weiter zu. Zur gleichen Zeit argumentierten Sie auf dem NATO-Gipfel, Deutschland müsse „mehr für seine Verteidigung ausgeben“. Sie reagierten dabei einerseits auf Trumps Forderungen zum Hochrüsten. Andererseits bezogen Sie sich dabei ausdrücklich auch „auf die steigende Zahl an internationalen Krisenherden“, die immer mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr erfordern würden. Gibt es hier einen Zusammenhang? Aber natürlich! Eine Klimakanzlerin würde aktiv werden, um die Energiewende zu beschleunigen, um eine echte Verkehrswende einzuleiten und um massiv eine Biolandwirtschaft zu fördern und damit die klimaschädigenden Emissionen zu reduzieren. Wird dies nicht gemacht, kommt es zur Erderwärmung um 2 Prozent und mehr, dann wird dies extreme Krisen, gewaltige Flüchtlingsbewegungen und ... eben Kriege auslösen. Und offensichtlich bereiten Sie und alle, die die Hochrüstung propagieren, sich genau darauf vor. Anstelle von Engagement im Klimaschutz gibt es Hochrüsten und Auslandseinsätze. Damit aber werden die zerstörerischen Prozesse vervielfacht; diese werden auf diese Weise außer Kontrolle geraten.

Hallo Frau von der Leyen! In der neuen Debatte über eine „allgemeine Dienstpflicht“ agieren Sie ja ausgesprochen geschmeidig. Einerseits sagen Sie, die Wiedereinführung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht stehe „nicht zur Debatte“. Andererseits „begrüßen“ Sie die Diskussion über eine allgemeine Dienstpflicht. Das Engagement junger Menschen für den Staat verdiene „hohe Wertschätzung“. Deshalb teilten Sie auch den Grundgedanken, die Attraktivität militärischen und zivilen Engagements zu erhöhen. „Da müssen wir nachjustieren.“ Halten wir doch fest: Sie finden trotz massiver Propaganda und teilweise gutem Verdienst nicht genügend Leute für den freiwilligen Kriegsdienst. Gleichzeitig werden die Rüstungsausgaben und die Zahl der Auslandseinsätze erhöht. Da liegt es auf der Hand, dass über eine „allgemeine Dienstpflicht“ mehr Menschen in die Truppe geschleust werden sollen. Keine offizielle Wehrpflicht, aber eine „Dienstpflicht“, die ein Teil im zivilen Bereich, aber auch ein wachsender Teil im Militär verbringen soll.

100 Jahre Erster Weltkrieg und Novemberrevolution – Behauptungen und Antworten

Wenn sich in diesen Wochen das Ende des Ersten Weltkriegs und der Beginn der Novemberrevolution jähren, begegnen wir erneut einer Reihe von Behauptungen, die die Kriegsursachen leugnen und die Ziele der Novemberrevolution verfälschen.

Behauptung 1: Es waren die deutschen Militärs und die „Alldutschen“, die expansive Kriegsziele vertraten. Die Politik jedoch steuerte dagegen.

Antwort: Richtig ist, dass es in Deutschland einige Gruppierungen und Kapitalfraktionen gab, die bereits vor 1914 besonders aggressive Kriegsziele verfolgten. Doch auch der immer wieder als „gemäßigt“ bezeichnete Reichskanzler Bethmann Hollweg orientierte bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn auf den schnellen militärischen Sieg. Als Zielsetzungen eines „Präliminarfriedens“ nannte er u.a. das Folgende: „Frankreich: [...] In jedem Fall abzutreten, weil für die Erzwinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. [...] Luxemburg wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg [...] Holland äußerlich unab-



Demonstration von revoltierenden Soldaten und Arbeitern in Wilhelmshaven am 6. November 1918

hängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns zu bringen.“

Das waren wohlgerne keine Tagebucheinträge. So beschrieb der deutsche Reichskanzler, ganz offensichtlich gedeckt vom Kaiser, die deutschen Kriegsziele in seinem „Septemberprogramm“. Das Kriegsziel war ein Diktatfrieden mit massiven Annexionen.

Behauptung 2: Die Konzerne und Banken spielten im Ersten Weltkrieg keine Rolle.

Antwort: Tatsächlich spielten die großen Unternehmen eine maßgebliche Rolle beim Weg in den Krieg. Sie formulierten immer wieder ihre expansiven Kriegsziele. Zwei Beispiele: 1.) Im September überreichte der Abgeordnete Erzberger eine „Denkschrift“ von August Thyssen. Dort wird beschrieben, was alles „dem Deutschen Reiche als Reichsland einverleibt werden“ müsse, beispielsweise im Osten: „Russland muss uns die Ostprovinzen [...] das Don-Gebiet mit Odessa, die Krim, sowie [...] den Kaukasus abtreten, um auf dem Landwege Kleinasien und Persien zu erreichen.“ 2.) Am 10. März 1915 wurde gar hoch offiziell eine „Kriegszieleingabe“ eingereicht, die u.a. vom „Centralverband deutscher Industrieller“ und dem „Bund der Industriellen“ unterzeichnet war. In ihr wurden massive Annexionen im Westen und Osten verlangt. Und so ging das weiter bis Jahr 1918 hinein.

Behauptung 3: Es gab in Deutschland auch Unternehmer, die expansionistischen Tendenzen auszubrem-
sen versuchten.

Antwort: Den Hintergrund für eine gewisse Zurückhaltung bei dieser Kapitalgruppe bildete in der Regel eine realistischere Sicht auf die militärischen Möglichkeiten. Das entscheidende Ziel dieser Unternehmer, die u.a. von Rathenau (AEG) und Robert Bosch personifiziert wurde, bestand in der Schaffung eines „Mitteleuropas unter deutscher Führung“, wobei die drei Kernelemente lauteten: erstens Sonderfrieden mit Frankreich, zweitens eine

enge Zusammenarbeit Berlin – Paris und drittens eine „mitteleuropäische Zollunion“. (Siehe Artikel U. Sander S. 4). Rathenau im September 1914: „Der Zeitpunkt ist günstig. Nach der beispiellosen Niederwerfung Frankreichs durch unsere Armee würde eine Aufrichtung des Landes [durch einen Sonderfrieden; ZgK] [...] als Akt der imposanten Fernsicht erscheinen.“ Im Febru-

ar 1918, also wenige Monate vor dem Zusammenbruch, meldete sich dieselbe Fraktion, nunmehr prominent vertreten durch Robert Bosch, nochmals mahnend zu Wort. Wenn der Krieg fortgesetzt würde, so die unterzeichnenden Herren, würde „die Widerstandskraft unseres Volkes gegen die revolutionäre Unruhe [...] schließlich zusammenbrechen.“ Gefordert wurde ein schnelles

Kriegsende. Nur damit könnten „wir einen Frieden schließen, der einmal unsere koloniale Zukunft sichert [und] sodann es uns ermöglicht, ein unter unserer Führung stehendes Mitteleuropa in den Frieden hineinzuzureiten.“

Behauptung 4: Deutschland und Österreich verloren den Krieg, weil es ein Mehrfrontenkrieg war und weil 1917 die USA in den Krieg eintraten.

Antwort: Tatsächlich gab es durch die Oktoberrevolution 1917 und den Diktatfrieden am 3. März 1918 in Brest-Litowsk mit Russland eine massive Entlastung für die von Berlin und Wien kommandierten Heere. Den wesentlichen Beitrag dazu, dass der Krieg beendet werden musste, leisteten in Deutschland und Österreich (wie zuvor bereits in Russland) die arbeitenden Menschen und die revoltierenden Soldaten: Ab 1917 kam es zu größeren Streiks in vielen deutschen Betrieben. Im Januar 1918 streikten dann im Bereich der Mittelmächte Millionen – vor allem in den Rüstungsbetrieben. Am 31. Oktober 1918 kam es bei Metz, Frankreich, zur Befehlsverweigerung einer ganzen deutschen Division. Am 3. und 4. November meuterten in den deutschen Küstenstädten die Matrosen. Es kam zur November-Revolution.

Das Ziel der Revolution war die Entmachtung derjenigen, die in den Krieg geführt hatten und die Errichtung einer sozialistischen Republik, weil der Kapitalismus als eine wesentliche Ursache für den Krieg erkannt worden war. Die Revolution scheiterte. Ihre führenden Köpfe – u.a. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – wurden ermordet. Die Eigner von Konzernen und Banken blieben in ihren Positionen. Das kapitalistische System wurde restauriert. Damit waren die Grundlagen für einen neuen Weltkrieg gelegt.

Zur November-Revolution siehe die Ankündigung des neuen Buchs von K. Gietinger auf dieser Seite // zum Ersten Weltkrieg siehe Klaus Gietinger und Winfried Wolf, Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am Ersten Weltkrieg erlöst. Stuttgart 2017, Schmetterling, 345 Seiten, 19,80 Euro. Siehe: <http://www.schmetterling-verlag.de>

+++ aktiv gegen krieg +++

Proteste gegen Atomwaffen der NATO in Belgien

Im 4. Jahr der Kampagne Stopp Air Base Ramstein protestierten erneut Tausende bei der Aktionswoche 2018 gegen die von der US-Militärbasis ausgehenden Kriege und für Abrüstung. Mit Demo, Camp und verschiedenen Aktionen wurde eine Woche lang vielfältig gegen Krieg, Kampfdrohnen und die von der Air Base ausgehenden Umweltbelastungen protestiert. Neu bei den diesjährigen Aktionen waren die gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams. Es gelang, die Air Base am Haupttor für 45 Minuten symbolisch zu schließen. Das Thema Konversion (Umstellung vom Militärischen auf Ziviles) hatte bei den Aktionen einen hohen Stellenwert. Die BürgermeisterInnen der umliegenden Gemeinden wurden aufgefordert, über die Zukunft der Arbeitsplätze ohne Militär in der Region zu diskutieren. „Wir kommen wieder!“, hieß es übereinstimmend am Ende. Die Kampagne lädt zur Planungskonferenz am 28.10.18 nach Frankfurt a.M. ein, um den 5. Jahrestag der Proteste zu gestalten. Dabei sollen auch die letzten Aktionen ausgewertet werden. Die Aktionswoche 2019 ist vom 24.06. bis 30.06.2019 geplant. Weitere Informationen auf [HYPERLINK „http://www.ramstein-kampagne.eu“](http://www.ramstein-kampagne.eu) www.ramstein-kampagne.eu. Pascal Luig, Geschäftsführer NaturwissenschaftlerInnen-Initiative (NatWiss), Koordinierungskreis Stopp Air Base Ramstein Kampagne

+++ engagiert für den friedem +++

Ein flammendes Plädoyer dafür, die verpasste Revolution zwischen Kieler Matrosenaufständen und Weimarer Republik dem Vergessen zu entreißen!

100 Jahre nach dem November 1918 spricht man nur noch vom »Kriegsende«, vom »Zusammenbruch des Kaiserreichs«. Dabei war die Novemberrevolution tatsächlich ein Aufbruch, ein Aufbäumen gegen die herrschenden Klassen. Matrosen, Soldaten und Arbeiter waren noch bewaffnet – und sie hatten genug von den alten Eliten, sie wollten das allgemeine Wahlrecht, die Sozialisierung, die Zerschlagung des Militarismus und die Revolution. Ein für alle Mal, jetzt oder nie! Klaus Gietinger ruft in Erinnerung, wie die Führung der SPD und der Gewerkschaften den Krieg hingegen bis zum Schluss unterstützten und die Ordnung durch ein Bündnis mit den Militärs aufrechterhalten wollten. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung hat der Novemberrevolution den Todesstoß versetzt. Das Ergebnis waren auf Rache sinnende Herrschende in Wirtschaft, und Militär, die auf eine Diktatur mit Krieg und Weltmachtstreben hinsteuerten. Dabei war der Kapitalismus auch international nie so gefährdet wie im November 1918. In zahlreichen europäischen Staaten begeherten die Massen auf. Wäre es in Deutschland gelungen, Basisdemokratie und echte Rätenschaft zu verwirklichen, hätte die russische Oktoberrevolution eine Chance auf Humanisierung gehabt, und das 20. Jahrhundert hätte ganz anders verlaufen können. »Klaus Gietinger gibt einen konzentrierten Überblick über die wesentlichen Etappen der revolutionären Nachkriegskrise, die zu Unrecht auf ihren Auftakt von Anfang November 1918 verkürzt wird.« Karl Heinz Roth

Klaus Gietinger: November 1918 - Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts
Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth
Broschur 272 Seiten · ISBN: 978-3-96054-075-5 · 18,00 Euro

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin und Winfried Wolf Michendorf. Verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter (Stuttgart) · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario, Berlin · Willi Hoffmeister, Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · NaturwissenschaftlerInnitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ, Köln · DIE LINKE (Parteivorstand)

Gestaltung und Layout Joachim Römer

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de

Fax 030-227 76 179 · Tel. 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel)

Bezugspreise

Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB ISSN 1611-2881

KLAUS GIETINGER
NOVEMBER 1918
DER VERPASSTE FRÜHLING
DES 20. JAHRHUNDERTS
NAUTILUS FLUGSCHRIFT

Interview mit Michael Müller,
Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Für eine neue Politik der Entspannung und für Frieden



100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs erleben wir weltweit eine neue Phase von Hochrüstung und Kriegsgefahr. Werden wir bedroht?

Michael Müller: Willy Brandt hat Hochrüstung als Wahnsinn bezeichnet. Das ist unverändert richtig. Wer Frieden will, muss für den Frieden arbeiten, statt für Krieg zu rüsten. In der schnell zusammenwachsenden Welt ist die Menschheit auf Kooperation und Verständigung angewiesen, nicht auf Konfrontation und Säbelrasseln. Heute ist nicht nur der alte Ost-West-Konflikt vorbei, sondern auch die Epoche der Nationalstaaten und Wachstumsgesellschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten politische Handlungsfähigkeit und soziale Integration ermöglicht haben. Aber die Politik ist in der alten Zeit geblieben. Die Folgen sind ein sich ausbreitender Nationalismus und neue Kriegsgefahren. Wie vor 100 Jahren löst der entfesselte Kapitalismus durch die Globalisierung der Märkte erneut nationalistische Bewegungen aus und fördert eine Militarisierung der Politik. Damals führte das zur schrecklichen Ideologie der Volksgemeinschaft mit all den bekannten Folgen. Heute betreten die Trumpisten die Weltbühne. Die Fundamente, die in den 1980er Jahren u.a. mit der Entspannungspolitik geschaffen wurden, sind weggebrochen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die für eine neue Entspannungspolitik kämpft.

Was bedeutet das Nato-Ziel „2 Prozent des BIP für Rüstung“ für unser Land?

30 Milliarden Euro mehr für das Militär würde vor dem Hintergrund der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt erhebliche Kürzungen in wichtigen sozialen und innenpolitischen Bereichen bedeuten. Dabei brauchen wir mehr Geld für die Modernisierung der Infrastruktur, die Verbesserung der Bildung und den Schutz der Natur.

Der deutsche Außenminister sieht Russland als „Feind“. Den Giftgasanschlag in Salisbury, bei dem es keine Beweise für eine Täterschaft gibt, nahm er zum Anlass, um Russland massiv abzustrafen. Woher rührt die neue Aggressivität?

Die gegenwärtige Politik der Abgrenzung, Konfrontation und Rechthaberei kann nicht zu dem führen, was wir tatsächlich brauchen, nämlich die Kooperation im gemeinsamen Haus Europa. Es geht nicht darum, Kontroversen und Unterschiede zu ignorieren, sondern um die Suche nach Gemeinsamkeiten. Gerade weil es heute um eine grundlegende Neuordnung der Welt geht, brauchen wir eine Stärkung Gesamteuropas, nicht nur der EU. Das erfordert, die Geschichte zu kennen und gemeinsame Interessen zu beachten. Ich habe den Eindruck, dass in unserer taumelnden Zeit eigene Schwächen und Unsicherheiten auch zu Abgrenzungen und Überhöhungen führen.

Trump lässt massiv aufrüsten. Und fordert Vergleichbares von Europa. Das wird in Berlin und Brüssel teilweise positiv aufgegriffen. Gibt es Gründe, die Forderungen des US-Präsidenten zu erfüllen?

Donald Trump ist nahe bei Ronald Reagan. Dieser ehemalige US-Präsident betrieb mit der gewaltigen Aufrüstung der USA einen „schmutzigen Keynesianismus“, um die angeschlagene amerikanische Wirtschaft zu stabilisieren. Deutschland und die EU würden mit einer massiven Aufrüstung nicht nur die Chancen, die sich aus dem Ende der zweigeteilten Welt ergeben haben, endgültig verspielen. Sie würden sich auch auf die Seite der Falken in den USA stellen, obwohl das Land politisch gespalten ist und es dort auch ganz andere Stimmen gibt. Wir müssen hier gegenhalten. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik, die in Europa anfängt, aber auch global zum Vorbild werden kann.

+++ aktiv gegen krieg +++

Proteste gegen den NATO-Gipfel im Juli 2018 in Brüssel

Am 7. Juli demonstrierten Tausende gegen den NATO-Gipfel in Brüssel. Aufgerufen hatten belgische Friedens-, Umwelt-, Frauen-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und das internationale Netzwerk „No to war – No to NATO“. Am 8. Juli fand der Gegengipfel „No to war no to NATO“ statt mit rund 100 Teilnehmenden aus 15 NATO- und 5 Nicht-NATO Ländern. Alle waren sich einig in der Ablehnung der weiteren Militarisierung durch das von der NATO geforderte Zwei-Prozent-BIP-Ziel fürs Militär, der Modernisierung von Atomwaffen, des Drohnenkrieges und einer weiteren

Automatisierung der Kriege.

Wir sehen mit besonderer Besorgnis die Militarisierung Europas. Europa muss zurückkehren zu einer Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ – besonders auch mit Russland. Wir fordern die Abschaffung der NATO und den Austritt unserer Länder aus der NATO. Das internationale Netzwerk wird mit anderen Friedenskräften Aktionen anlässlich des 70. Jahrestags der NATO-Gründung im April 2019 vorbereiten. „Die NATO gehört auf den Misthaufen der Geschichte, Abrüstung für nachhaltige Entwicklung ist das Gebot der Stunde“, so der einheitliche Tenor des Gegengipfels. Kristine Karch, Co-Chair des internationalen Netzwerks Not o war – no to NATO. Siehe: www.no-to-nato.org

+++ engagiert für den frieden +++

Restriktiver Waffenexport? Ein zynisches Märchen!

Kathrin Vogler

Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch auf dieser Welt durch Waffen aus deutscher Produktion. Die Bundesregierung hält aber weiter am Märchen von der „restriktiven Rüstungsexportpolitik“ fest. Der Rüstungsexportbericht für das vergangene Jahr soll einen Rückgang der Genehmigungen zeigen. Tatsächlich belegt er das drittgrößte Genehmigungsvolumen, das es jemals gab. Deutsche Rüstungsunternehmen erhielten 2017 Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern im Umfang von 6,24 Milliarden Euro, die meisten gingen in Drittstaaten außerhalb von NATO und EU. Deren Anteil steigerte sich gegenüber dem Vorjahr von 53 auf 61 Prozent. Die Ausfuhren in Entwicklungsländer verdoppelten sich fast.

Diese Zahlen zeigen, wie zynisch die deutsche Politik agiert: Sie bewaffnet Kriegsparteien in Krisenregionen und verschärft damit die Gewalt. Wie dreist sich die Händler des Todes zudem über geltende Exportbestimmungen hinwegsetzen, zeigt sich im Prozess gegen die Manager von Heckler&Koch wegen Waffenlieferungen an Mexiko.

Friedensprozess in Kolumbien bedroht

Heike Hänsel

Die Hoffnung auf einen nachhaltigen Frieden in Kolumbien ist verfliegen. Mittlerweile fürchten viele eine Rückkehr zu blutiger Gewalt in dem Land, das erst vor zwei Jahren mit dem Friedensabkommen zwischen der FARC-Guerilla und der Santos-Regierung einen über 50 Jahre währenden internen bewaffneten Konflikt beendet hatte. Besorgniserregend ist vor allem die hohe Anzahl gezielter Morde an führenden Personen sozialer Bewegungen, indigener Gemeinden und ehemaligen FARC-Mitgliedern. Seit Dezember 2016 wurden mehr als 300 Menschen gezielt ermordet.

Nach der Wahl des rechtsgerichteten Iván Duque zum neuen Präsidenten sieht es besonders düster aus für den Friedensprozess. Er gilt als Marionette des ehemaligen rechten Präsidenten Uribe, in dessen Amtszeit das ganze Land militarisiert wurde. Uribe ist ein Gegner des Friedensschlusses mit der Guerilla; er setzt alles daran, diesen mittels Iván Duque nun zu torpedieren. Die Militärs, Großgrundbesitzer und Unternehmer, involviert in zahlreiche Menschenrechtsverbrechen während des Krieges, können lediglich freiwillig vor der Sondergerichtsbarkeit belangt werden. Auf der anderen Seite soll ehemaligen FARC-Anführern mit konstruierten Vorwürfen nun doch der Prozess in den USA gemacht werden. So sitzt einer der FARC-Verhandlungsführer, Jesús Santrich, seit Monaten in Auslieferungshaft für die USA.

Doch es gibt auch Hoffnung: das Wahlergebnis von über 8 Millionen Stimmen für den progressiven Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro war ein großer Erfolg für das Friedenslager. Auch die Proteste hunderttausender Menschen am 7. August 2018 in Kolumbien und weltweit für die Fortsetzung des Friedensprozesses, zeigen, dass immer mehr Menschen für Frieden und soziale Gerechtigkeit in Kolumbien eintreten.

Die Bundesregierung finanziert die Umsetzung des Friedensprozesses mit. Sie muss Druck auf den neuen Präsidenten ausüben und die Einhaltung des Abkommens einfordern. Sie muss sich für die sofortige Freilassung von Jesús Santrich einsetzen. Gegen seine Auslieferung an die USA gibt es auch eine internationale Kampagne, die weitere Unterstützung sucht.

Infos erhältlich über: heike.haensel@bundestag.de.

Warum Europa gegen die Nato protestiert

Claudia Heydt

Fast alle europäischen Nato-Mitgliedsländer erhöhen ihre Rüstungsausgaben. Als Gegenleistung erhalten die Menschen nicht mehr Sicherheit. Die Aufrüstung erfolgt einseitig: Während Russland die Rüstungsausgaben reduziert, setzt die Nato auf mehr einsatzfähige Kampftruppen, mehr Panzer, mehr Kampfflugzeuge. Anstatt mit unseren östlichen Nachbarn zusammenzuarbeiten und abzurüsten, wird die Entwicklung neuer Waffensysteme wie Killer-Drohnen vorangetrieben. Auf diese Weise wird Europa gespalten und die Kriegsgefahr gesteigert. Was Europa stattdessen dringend benötigt sind soziale Gerechtigkeit, Investitionen in die maroden Infrastrukturen und gewaltige Anstrengungen für Klima- und Umweltschutz.

Die Nato ist der entscheidende Grund dafür, dass sich europäische Staaten nicht dem neuen UN-Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen anschließen. Die steigenden Rüstungsausgaben zerstören den sozialen Zusammenhalt und stärken rechte Parteien und fremdenfeindliche Strömungen. Statt Hass und Gewalt zu unterstützen, gilt es, in den Frieden zu investieren.

Mit unseren Protesten gegen den Nato-Gipfel machen wir deutlich: Wir wollen alle Hindernisse auf dem Weg zum Frieden aus dem Weg räumen. Die Nato muss aufgelöst, die Militarisierung der EU gestoppt werden

Kathrin Vogler ist friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag · Heike Hänsel ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende von DIE LINKE im Bundestag · Claudia Heydt ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen.

Die Militarisierung der Europäischen Union (EU)

Auf dem Kriegspfad

Reiner Braun

Im Schlussdokument des NATO-Gipfels von Wales 2016 wurde die Militärpolitik der EU als eine „mit der NATO verbundene, eigenständige Politik“ bezeichnet. Seit dem Brexit-Beschluss 2017 hat die Militarisierung der EU in Riesenschritten zugenommen.

Als vorläufig letzte Maßnahme verständigten sich im Mai 2018 das Europaparlament, die EU-Kommission und der Ministerrat auf die Einzelheiten des „European Defence Industrial Development Programme“ (EDIDP) – eine zentrale Säule des bereits im vergangenen Jahr beschlossenen Europäischen Rüstungsfonds. Demnach wird nun für die Jahre 2019 und 2020 eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt, um die Rüstungsforschung und die industrielle Entwicklung neuer Waffensysteme zu unterstützen. Für die Jahre von 2021 bis 2027 sind 13 Milliarden Euro eingeplant.

Das EDIDP soll unter anderem die Entwicklung von bewaffneten Drohnen sowie von Instrumenten zur Führung eines Cyberkriegs

finanzieren. Ausdrücklich gefördert werden soll die Entwicklung tödlicher autonomer Waffen. Mit diesem Programm wird ausdrücklich die Schaffung eines „Europäisch-Militärisch-Industriellen-Wissenschaftlichen Komplexes“ betrieben. Der Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) ist neben PESCO der zentrale Baustein in der aktuellen EU-Rüstungspolitik.

PESCO (Permanent Structured Cooperation; deutsch: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit), bezeichnet die Zusammenarbeit

von 25 der 28 EU-Mitgliedstaaten. Außer Großbritannien (Brexit) nehmen Dänemark und Malta nicht an PESCO teil. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur PESCO-Mitglied, sondern auch Treiber bei diesem Prozess der EU-Militarisierung. Mit PESCO wurden vereinbart:

- Eine Verpflichtung zur regelmäßigen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes bis hin zu den 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das würde die Steigerung der Militärausgaben der EU Staaten auf ca. 250

bis 300 Milliarden Euro bedeuten. In vielen Ländern kommt dies einer Verdopplung des Rüstungsetats gleich.

- Erhöhung der Ausgaben für militärische Forschung auf 2 % des entsprechenden nationalen Verteidigungshaushalts

- Durchführung gemeinsamer, strategischer Rüstungsprojekte
- Enge Zusammenarbeit im Bereich der „Cyberdefence“. Dabei geht es längst nicht nur um die Dominanz im Cyberraum. Die EU zählt hierzu auch den sogenannten Migranten-

schmuggel oder Cyberangriffe auf Ölkonzerne.

- Bereitstellung von Einsatztruppen und Logistik für die „EU-Battlegroups“, die für Kampfeinsätze aufgestellten Einheiten der EU..
- Einrichtung von sogenannten Ankerarmeen, d.h. Kooperation der starken Armeen (Frankreich, Deutschland) mit den Armeen kleinerer Staaten, die in die Armeen der zentralen Staaten eingegliedert werden. Dieses sind erste Riesenschritte hin zu einer europäischen Armee. Deutschland hat bereits entsprechende Abkommen mit den Niederlanden, der Slowakei, Rumänien, Polen und Norwegen abgeschlossen. Zur Umsetzung wurden 17 Projekte unter nationaler Federführung verbindlich vereinbart. Die deutsche Bundeswehr wird vier der ersten 17 PESCO-Projekte anführen: die Logistik für die Verlagerung der Truppen, ein Trainingszentrum für Militärausbilder, den Aufbau eines mobilen Krankenhauses und das dazu gehörige Sanitätskommando.
- Aufbau einer gemeinsamen militärischen Infrastruktur durch ein europäisches militärisches Hauptquartier und gemeinsame Kommandostrukturen (insbesondere für die Luftwaffen bzw. die Lufttransporteinheiten)

- Fortführung der Einsätze europäischer Truppen überall auf der Welt (Interventionskriege). Die EU ist seit 1992 an 20 Auslands- bzw. Militäreinsätzen beteiligt, aktuell u.a. in Mali, Somalia, Kosovo, Afghanistan. Diese Einsätze sollen auch gemeinsam finanziert werden.

- Verbesserte Interoperabilität der Streitkräfte, ihrer Strategien und Waffensysteme, Entwicklung einheitlicher Waffensysteme, die dann auch exportiert werden sollen.

In der Summe soll die „strategische militärische Autonomie der EU“ gestärkt werden, damit die Supermacht EU auch militärisch „mithalten kann“. Frieden sieht anders aus.

Reiner Braun ist Co-Präsident des International Peace Bureau (IPB) und Mitglied des Koordinierungskreises No to war - no to NATO.

+++ aktiv gegen krieg +++

Proteste in Büchel 2018

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt!“ beendete am 9. August 2018 ihre 20-wöchige Aktionspräsenz am Fliegerhorst Büchel (Eifel). Seit dem 26. März forderten Gruppen aus ganz Deutschland und internationale Gäste, dass die in Büchel stationierten Atomwaffen abgezogen werden und dass Deutschlands dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Den Abschluss bildet eine Andacht am 9. August um 11:02 Uhr, dem Zeitpunkt des Atombombenangriffs auf die japanische Stadt Nagasaki vor 73 Jahren.

„Die Opfer der Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki mah-

nen uns, für eine atomwaffenfreie Welt einzutreten“, sagt Marvin Mendyka, Sprecher der Kampagne. „Die Gefahr eines Atomkriegs ist heute so hoch wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr.“

Insgesamt beteiligten sich 40 Gruppen und rund 2000 Menschen an der Kampagne. Das sind deutlich mehr als im Vorjahr. Zu den Höhepunkten 2018 gehörten u.a. der Ostermarsch in Büchel, zu dem in diesem Jahr mit 400 Menschen so viele wie noch nie zuvor kamen und die Aktionswoche der Friedensnobelpreisorganisationen ICAN Deutschland und IPPNW, ein von Christinnen und Christen aus verschiedenen Landeskirchen organisierter Aktionstag.

+++ engagiert für den frieden +++

NATO: Wachsende atomare Aufrüstung und immer engere Politik der Einkreisung

Sie bereiten einen Atomkrieg vor!

Kate Hudson

Im Wahlkampf 2016 versprach Trump, sinnlose ausländische Kriege zu beenden. Tatsächlich bringt die Präsidentschaft Trumps eine neue Ära des Militarismus. Trumps Militärstrategie besagt: Die USA konkurrieren um die Weltvorrückerschaft mit Russland und China. Diese werden als „revisionistische Mächte“ bezeichnet, die die Welt nach ihrem „autoritären Modell“ umgestalten wollten.

Der neue Ansatz verlagert den Fokus weg vom Nahen Osten. Obamas Fokus auf China wird auf die gesamte „eurasische Region“ erweitert. Damit liegt der Schwerpunkt nicht mehr auf „asymmetrischer Kriegsführung“ gegen nichtstaatliche Akteure. Das heißt: Die USA orientieren auf Krieg mit Großmächten. Das Risiko eines großen Kriegs ist gestiegen. Die jüngst

veröffentliche neue amerikanische Nuklearstrategie („Nuclear Posture Review“) macht einen Atomkrieg wahrscheinlicher. Das wichtigste Element dieser Strategie ist die Entscheidung für eine komplett neue Generation nuklearer Waffen. Es handelt sich um Atomwaffen mit „geringerer Sprengkraft“, die als „nutzbare“ Nuklearwaffen bezeichnet werden. Parallel läuft die Modernisierung bestehender nuklearer Waffen. Allein dafür werden eine Billion Dollar eingesetzt.

Gleichzeitig fordern die USA massiv, dass alle NATO-Mitgliedsländer 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben aufwenden. Die B61-Atombomben werden derzeit zu B61-12-Bomben aufgerüstet, ebenfalls um sie „nutzbarer“ zu machen. Diese sind in den fünf europäischen Ländern Belgien, Deutschland, Niederlande, Italien

und der Türkei stationiert.

Die Erweiterung der NATO schreitet voran: Im Juni 2017 wurde Montenegro als 29. Mitglied bestätigt, trotz überwältigender Ablehnung in der Bevölkerung. Bosnien-Herzegowina befindet sich in Beitrittsverhandlungen. Damit sieht sich Russland zusehends von US- und NATO-Stützpunkten umgeben. Dieser Prozess ist seit den 1990er Jahren im Gang: Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst, nicht jedoch die NATO. Anstatt ihre globale militärische Präsenz zurückzuschrauben, haben die USA die Positionen, die von ihrem früheren Rivalen freigegeben wurden, ausgefüllt. Als die osteuropäischen Staaten Marktwirtschaft und Mehrparteien-Demokratie übernahmen, haben die USA sie über die NATO schnell in ihre Einflussphäre integriert.

Im März 1999 wurden Ungarn,

Polen und Tschechien alle als Vollmitglieder aufgenommen. Im März 2004 folgten ihnen Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien, 2009 Albanien und Kroatien. Nicht nur ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts wurden NATO-Staaten. Mit den baltischen Staaten wurden bereits ehemalige Sowjetrepubliken zu Nato-Frontstaaten ausgebaut.

Taten und Worte der NATO-Verantwortlichen tragen zu immer größeren Spannungen mit Russland und zur wachsenden Angst vor einem Atomkrieg bei. So trug die zunehmende Präsenz der NATO in der Region maßgeblich zum Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 bei; sie ist verantwortlich für die anhaltende Krise in der Ukraine. Die NATO richtete auch ein militärisches Trainingszentrum in Georgien

ein. Sie wird die „Reformierung“ des ukrainischen Militärs – also dessen Aufrüstung – unterstützen. Nato-Kommandos sind seit 2017 in Estland, Litauen, Lettland und Polen stationiert. Großbritannien ist in groß angelegte NATO-Übungen involviert. Jüngst wurden B52-Übungen über der Nordsee von britischen Stützpunkten aus koordiniert.

Anstelle der Verschwendung von Unsummen für Nuklearwaffen fordern weltweit Menschen echten Frieden mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Sicherheit, gleichberechtigtem Zugang zu Ressourcen und einer Willkommenskultur für Geflüchtete. Für die NATO und ihre Atomwaffen gibt es keinen Platz in dieser erforderlichen Weltfriedensordnung.

Kate Hudson ist Generalsekretärin der Campaign for Nuclear Disarmament (CBD) und ist Mitglied im Koordinierungskreis „Not to NATO - No to WAR“.

Feindbild Russland schürt Kriegsgefahr

Die verhängnisvolle Außenpolitik der deutschen Bundesregierung

Christiane Reymann & Wolfgang Gehrcke

Nicht nur, dass sich die NATO im Bruch aller Zusagen von 1989 an die Westgrenze Russlands ausgedehnt hat, nicht nur, dass die NATO-Staaten derzeit absurde 900 Milliarden Dollar für Rüstung ausgeben, 14 mal so viel wie Russland; jetzt entsteht der erste NATO-Luftwaffenübungsplatz in Litauen, nur 60 km von der russischen Grenze entfernt, die USA planen eine „Space Force“ für ihren Krieg der Sterne und Verteidigungsministerin von der Leyen fordert in deutscher Vermessenheit, mit Russland nur aus der „Position der Stärke“ zu reden, zumal „die östlichen Nachbarn Schutz vor Russland erwarten.“ Die Antwort ihres russischen Kollegen im Amt, Sergej Schoigu: „Nach allem, was Deutschland unserem Land angetan hat, sollten Sie meines Erachtens noch 200 Jahre lang nichts zu diesem Thema sagen.“ Sein Rat an von der Leyen, sie solle ihre Großväter befragen, „was es bedeutet, mit Russland aus einer Position der Stärke zu sprechen. Sie werden es dir wahrscheinlich sagen können.“ Der Westen verhält sich gegenüber Russland arrogant und er rüstet mächtig auf. Dieses Spiel mit dem Feuer will und will einfach nicht aufhören! Und es ist kein Spiel.

Der russische Präsident, er ist kein Panikmacher, hat in jüngster Zeit wiederholt vor einem Dritten Weltkrieg gewarnt. Vor allem an den Brennpunkten Syrien, Ukraine und Iran ist Frieden nur mit, nicht gegen Russland zu erreichen. Für dieses Ziel sollte Russland für die Friedensbewegung Partner und nicht Gegner sein. So hatte es auch die Partei DIE LINKE bis zu ihrem Parteitag im Juni gesehen. Dort aber

Medien eint. Wenn Rechner der US-Demokraten oder des Bundestages gehackt werden, wenn „offenbar“ in Syrien oder Großbritannien Giftgas eingesetzt wurde, steht ohne Beweis der Schuldige fest: Russland war es. Das Gemutmaßte wird zum Wahren und zur Grundlage von Sanktionen. Das jüngste Embargo verhängte das US-Außenministerium gegen staatliche oder staatlich finanzierte russische Firmen... wegen jenes ominösen Anschlags auf den ehemaligen russischen Agenten Skripal, dessen Auftraggeber und Täter bis heute unbekannt sind.

Das ist einer der Puzzlesteine, um das Feindbild Russland zu reanimieren. Es hat sich im Kalten Krieg bewährt und dem deutschen Faschismus die Zustimmung der Massen zum Weltkrieg eingebracht. Ein Feindbild ist der Vorbote des Kriegs.

Damit aus einem politischen Gegner ein Feind wird, muss logisches Denken ausgeschaltet werden. Erst dann kann eine im Wortsinn verkehrte Welt entstehen. Etwa diese: In einem aktuellen Propagandavideo unterstreicht die NATO einmal mehr, dass von Russland die „größte Bedrohung“ ausgehe, nachdem es „sein Potenzial an den NATO-Grenzen ausgebaut hat.“ Dabei ist doch die NATO Richtung Moskau vorgerückt und nicht umgekehrt Russland Richtung Atlantik. Fast alle Staaten aus dem Raum des ehemaligen Warschauer Vertrages sind inzwischen NATO-Mitglieder. Das sind: Estland, Litauen Lettland, Polen, Rumänien, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Montenegro, Albanien. Die Ukraine ist NATO-Beitrittskandidat. Georgien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina haben einen ähnlichen

Vorgabe erfüllt, zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, werden das 85 Milliarden Euro sein. Damit würde allein Deutschland den Verteidigungsetat Russlands deutlich übertreffen. Wie soll Russland die NATO mit nur 25 Mili-

tärstützpunkten im Ausland (zwei davon in Syrien, die anderen in ehemaligen Sowjetrepubliken) bedrohen, wenn die USA über rund 1000 Militärstützpunkte mit 100.000 Soldatinnen und Soldaten in 100 Ländern verfügen? Die NATO braucht noch nicht einmal mehr Langstre-

ckenraketen, um Russland anzugreifen. Es reichen die Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden und Flugzeugträgern, die

sein. Wir brauchen ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu Russland. Dazu muss Deutschland aus den EU-Sanktionen aussteigen. Die blockieren ohnehin ein Klima der Verständigung und sie richten zudem wirtschaftlichen Schaden an.

Die Sanktionen gegen Russland nützen nur „America first“ und rechtslastigen Regimes in der Ukraine, in Polen, Ungarn und den baltischen Staaten. Mit Heiko Maas als Außenminister und Ursula von der Leyen als Kriegsministerin haben die Atlantiker das Sagen in dieser Bundesregierung. Sie folgen dem Pentagon, selbst wenn das den nationalen Interessen widerspricht. Dazu gibt es, neben den mannigfaltigen informellen Strukturen, ein ausgeklügeltes Regelwerk im Rahmen der EU und der NATO. Es gruppiert sich um das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“ der EU. Ihm gehören von jedem Mitgliedsland ein Botschafter an plus ein Botschafter der NATO. Seine wöchentlichen Tagungen sind so geheim, dass noch nicht einmal ihre jeweilige Tagesordnung dem Bundestag bekannt gemacht werden darf. Über dieses Koordinationsgremium laufen alle Militäreinsätze, an denen die EU oder Mitgliedsstaaten der EU beteiligt sind. Dies ist der

Ort, an dem die Militarisierung der Union durch die NATO gelenkt wird (siehe S.4). Die Militarisierung der EU muss gestoppt und beendet werden. Auch deshalb ist der Gedanke an einen Austritt Deutschlands aus der NATO so wichtig.

Es ist völlig absurd, eine Rückgabe der Krim an die Ukraine zur Vorbedingung für die deutsch-russische Kooperation zu machen. Wie immer man die Krim-Frage bewertet, völlig klar ist: Russland kann und wird nicht akzeptieren, dass in einem dann wieder ukrainischen Sewastopol ein NATO-General Befehlsgewalt ausübt. In der Tradition der Brandt'schen Ostpolitik läge es, strittige Fragen, zu denen derzeit keine Einigung erzielt werden kann, erst einmal auszuklammern und sich dem zuzuwenden, was man gemeinsam tun kann.

Wolfgang Gehrcke ist Außenpolitiker der Partei DIE LINKE. Christiane Reymann ist Autorin und Aktivistin.



+++ aktiv gegen krieg +++

Takeshi Onaga

Auf ganz Japan wurden Tränen vergossen, als am 8. August 2018 die Welt mit Gouverneur Takeshi Onaga einen mutigen Kämpfer für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenwürde und gegen die US-Präsenz auf Okinawa verlor. Onaga war für die konservative Partei LDP Bürgermeister von Naha, der größten Stadt auf Okinawa in Japan. Er verließ die LDP, nachdem 2013 mit Unterstützung von Tokio der Bau einer riesigen neuen Militärbasis der USA bei Henoko, Okinawa, beschlossen wurde. Onaga unterstützte den Widerstand gegen die Militärbasis, wurde zum Gouverneur gewählt und war seither die führende Persönlichkeit in einer breiten Allianz von Unternehmern, Lehrkräften, Akademikern, Feministinnen, Umweltverbänden und Gewerkschaften, die sich zusammengeschlossen hatten, um

den Bau der neuen US-Basis zu verhindern. Sein Tod durch Krebs ist ein enormer Rückschlag für diese Bewegung. Okinawa ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine US-Militärkolonie. 70 Prozent der 40.000 Personen zählenden US-Streitkräfte in Japan sind auf Okinawa stationiert, einer Präfektur, die weniger als 1 Prozent der japanischen Landfläche ausmacht. Die Bevölkerung ist konfrontiert mit nicht enden wollenden massiven Verbrechen der US-Truppen – mit sexueller Gewalt, Landraub, Umweltzerstörung, Fluglärm, nächtlichen Landemanövern und der Nutzung der Insel als Start- und Landebahn für die vielen US-Kriege. In dieser Krise der antimilitaristischen Bewegung auf Okinawa gilt unsere Solidarität den Menschen dort, die weiter aktiv sind für Frieden und Abrüstung und die für ein Ende der militärischen Besatzung kämpfen. Joseph Gerson

+++ engagiert für den frieden +++

hat sie sich von dieser Linie entfernt in Richtung einer „Äquidistanz“, also einer gleichermaßen US- wie Russland-kritischen Haltung. Diese Position gibt es auch in der Friedensbewegung. Doch verkennt nicht diese scheinbar unabhängige Haltung die unterschiedlichen Positionen von Russland und den USA in der derzeitigen Weltpolitik?

Russland-Bashing ist ein Massenphänomen, das Politik und

Status. An Moldawien ist die NATO außerordentlich interessiert. Die NATO, so ihre Legende, werde von Russland bedroht, deshalb müsse sie „nachrüsten“. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI hat Russland seinen Rüstungshaushalt 2017 um 20 Prozent gesenkt, die NATO-Staaten haben zugelegt. Wenn Deutschland die

rund um Russland ihre Bahn ziehen. Die USA haben 20 mal (!) mehr Flugzeugträger als Russland. Mit diesem Irrsinn von Aufrüstung müssen wir brechen! Statt mehr Rüstungsausgaben müssen diese schrittweise reduziert werden! Die US-amerikanischen Atomraketen müssen raus aus Büchel und Ramstein darf nicht weiter Drehscheibe für den US-Drohnenkrieg

Warum Europa den USA nichts schuldet

Weltweite Rüstung, der US-Dollar als „Öl-Währung“ und das Hegemonialsystem der USA

Mohssen Massarrat

Trumps Forderung nach einem höheren Beitrag der anderen Nato-Staaten geht an der Realität vorbei. In Wahrheit profitieren die USA schon jetzt.

Donald Trump wird nicht müde, bei den Nato-Verbündeten die Erhöhung Ihrer Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzumahnen. Es ginge wohl nicht, dass Amerika mit gegenwärtig 610 Milliarden Dollar, die 3,4 Prozent des US-BIP entsprechen, die Sicherheit seiner Verbündeten mitfinanziert. Dazu seien US-amerikanische Steuerzahler nicht mehr bereit. Vielmehr stünden die Nato-Verbündeten deshalb in der Schuld der Amerikaner, die zurückzahlen sei.

Unbedacht, wie Trump daherredet, plaudert er hier doch aus dem Nähkästchen der hegemonialen Geheimnisse, die hier ein wenig gelüftet werden sollen:

Tatsächlich haben die USA seit der Gründung der Nato einen signifikanten Teil ihres BIP für Rüstung ausgegeben, sowohl für ihr kostspieliges nukleares Abschreckungssystem als auch für ihre mehr als 800 globalen Militärbasen. Sämtliche US-Regierungen haben sich allerdings nach dem Ende des Kalten Krieges einer nuklearen Abrüstung widersetzt. Zum einen, weil ohne die nuklearen Aufträge die US-Rüstungsindustrie eine zentrale Säule ihrer Existenz verloren hätte. Zum anderen hätten die USA ohne den nuklearen Schutzschirm ihre Schlüsselstellung in der Nato und damit auch ihr Faustpfand aus der Hand gegeben, Japan und die europäischen Staaten, die ökonomisch gleichzeitig ihre Konkurrenten sind, weiter in ihrer Abhängigkeit zu halten. Die USA finanzieren ihre Militärbasen – ein Großteil davon im Mittleren und Nahen Osten – auch, um dadurch die Kontrolle über die Rohstoff- und Ölversorgung des Westens zu behalten. In diesem Sicherheitspaket sind



enthalten 1. eine möglichst direkte Kontrolle der Rohstoffquellen durch den militärischen Schutz von verbündeten Ölstaaten wie Saudi-Arabien und 2. die Chance, bei Bedarf auch unliebsame Regime zu stürzen. Die Tatsache, dass die USA seit beinahe 70 Jahren in nahezu alle Konflikte und Kriege im Mittleren und Nahen Osten verwickelt waren, dürfte als unstrittig gelten. Der weit verbreiteten Annahme, die USA wollten damit ihre eigene Ölversorgung sichern, widerspricht die Realität, dass sie seit jeher ihren Öl-Importbedarf zu 80 Prozent aus Südamerika decken.

Für die Militarisierung der Ölversorgung ist ein anderes Ziel der USA von Bedeutung, nämlich das Vorhaben, das Wachstum der Weltwirtschaft durch das mittelöstliche Billigöl anzukurbeln und vor allem den europäischen Nato-Verbündeten und Japan jahrzehntelang ein ununterbrochenes Wirtschaftswachstum zu bescheren. Folgerich-

tig macht das System, in dem nicht Freihandel, sondern hegemoniale Einflussnahme die Ölversorgung re-

guliert, diese Verbündeten der USA zu ihren sicherheitspolitischen Geiseln. Trumps aktueller Vorwurf, Europa mache sich durch die North-Stream-Pipeline von Russland abhängig, bestätigt diese These.

Für die USA gibt es allerdings noch einen weiteren, vielleicht sogar noch wichtigeren Grund für die Militarisierung der Ölversorgung: Der globale Ölhandel auf Dollar-Basis hat spätestens seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973 praktisch die goldbasierte Weltwährung ersetzt. Der Ölhandel auf Dollar-Basis garantiert also seit beinahe einem halben Jahrhundert die Stabilität des US-Dollars.

Die USA nutzen diesen ökonomischen Hebel zur andauernden Aneignung einer „globalen Hegemonialrente“ – für ein leistungsloses Einkommen – von schätzungsweise 1000 Milliarden Dollar jährlich. Obendrein setzen sie diese leichte

Beute als Finanzierungsquelle für Rüstungsausgaben ein.

Denn die Vermögenden der Welt, also auch Japaner und Europäer, tauschen ihr

überschüssiges Kapital gegen US-Staatsanleihen und tragen so zum Zahlungsbilanzausgleich und zur Stabilität der Währung einer Wirtschaft bei, die seit beinahe 30 Jahren ein chronisches Leistungsbilanzdefizit aufweist. Dass dabei die US-Notenbank die Staatsanleihen gegen Papierdollar eintauscht und damit eine Dollarinflation in die Weltwirtschaft pumpt, ist inzwischen ein offenes Geheimnis.

Die Nato-Verbündeten der USA bezahlen also mit dem Kauf von US-Staatsanleihen brav Jahr für Jahr für ihre vermeintliche nukleare Sicherheit und für ihre angebliche Energiesicherheit. Sie haben deshalb bei den USA keine Schulden, wie Trump behauptet. Für dieses Sicherheitssystem muss allerdings die Welt einen hohen Preis bezahlen: unzählige Kriege, Millionen Tote, vielfache Zerstörungen und Millionen Flüchtlinge. Dazu gehört auch, dass Menschheitsprojekte – wie die nukleare Abrüstung, eine auf fairem Handel beruhende Weltordnung mit weniger Waffen und Kriegen, mehr Ressourcen für den ökologischen Umbau und den Klimaschutz – auf der Strecke geblieben sind.

Mohssen Massarrat ist Prof. i. R. am Fachbereich Sozialwissenschaften für Politik und Wirtschaft an der Universität Osnabrück. Sein aktuelles Buch „Braucht die Welt den Finanzsektor?“ (Hamburg 2017, VSA, 300 Seiten).

+++ aktiv gegen krieg +++

Schwerter zu Pflugscharen – für Rüstungskonversion

Rüstungsgüter werden überall auf der Welt zur Absicherung von Herrschaft und Interessen genutzt. Sie tragen bei zu Krieg, Hunger, Flucht und Tod. Rüstungsexport gilt in weiten Teilen der Gesellschaft als ethisch unvermeidbar und ökonomisch kontraproduktiv. Mit ihm werden soziale Ungerechtigkeiten vertieft und Konflikte verschärft. Unsere Initiative setzt sich ein für ein Verbot des Exportes von Rüstungsgütern in Krisenregionen und für strenge Ex-

portkontrollen, für die Umwandlung von militärischer Produktion in zivile (Rüstungskonversion), für die Schaffung eines Fonds zur Unterstützung von Rüstungskonversion in Thüringer Betrieben bei Absicherung der Arbeitsplätze sowie für eine Zivilklausel für die Jenaer Universität. Eine Basis ihrer Arbeit ist der *Rüstungsatlas Thüringen*. Er geht auf eine Initiative der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen* zurück und erlaubt einen Einstieg in die komplexe Materie der Rüstung im Bundesland Thüringen. Mehr Informationen und Mitmachangebote gibt es im Netz unter <http://jena-entruestet.de/>.

+++ engagiert für den frieden +++

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Kees van der Pijl

Der Abschuss

Flug MH17, die Ukraine und der neue Kalte Krieg

358 Seiten | € 19,90
ISBN 978-3-89438-649-8

Den Abschuss von Flug MH17 der Malaysia Airlines und den Bürgerkrieg in der Ukraine bettet Kees van der Pijl ein in den Kontext eines neuen Kalten Krieges gegen Russland. Er trägt aussagekräftige Indizien zusammen, die belegen, wer das größte Interesse, das stärkste Motiv und die beste Gelegenheit hatte, den Absturz herbeizuführen.



Jörg Kronauer

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg

207 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-650-4

Russland hat nach 1991 zunächst versucht, an NATO und EU anzudocken; als ihm beides verweigert wurde, hat es begonnen, eigene Weltpolitik zu betreiben. Jörg Kronauer zeichnet die Stränge der US-amerikanischen, deutschen und russischen Außenpolitik nach, die schließlich in einen zweiten Kalten Krieg mündeten.

Anzeige

„In Büchel anfangen: Nur eine Welt ohne Atomwaffen kann eine friedliche werden!“

Ekkehard Lentz, Bremer Friedensforum

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei. jetzt www.atomwaffenfrei.de

mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Aktivitäten zum Antikriegstag 2018

Ekkehard Lentz

Am 1. September – dem Antikriegstag – erinnern Gewerkschaften, Friedensorganisationen, Bildungseinrichtungen und Kirchen an den 1. September 1939, den Tag des Überfalls von Hitlerdeutschland auf unser Nachbarland Polen. Der dann folgende Zweite Weltkrieg kostete mehr als 60 Millionen Menschen das Leben, darunter allein mehr als 27 Millionen Tote unter den Völkern der Sowjetunion.

Aus den derzeit häufig vereinzelt und versprengt wirkenden Friedensfreundinnen und Friedensfreunden, Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern wieder eine wirkungsmächtige Friedensbewegung zu entwickeln, gilt auch für den diesjährigen Antikriegstag, auch Weltfriedenstag genannt. Der Terminkalender des Bonner Netzwerks Friedenskooperative (www.friedenskooperative.de) zum Antikriegstag zeigt eine Vielfalt und Breite von Veranstaltungen, die hoffen lässt.

Die Pläne der NATO, unterstützt von der Bundesregierung, den Etat für Militär und Rüstung in den nächsten Jahren quasi zu verdoppeln, betreffen fast alle Menschen in unserem Land. Wir wissen – wie die schwäbische Hausfrau – dass der Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Alles, was in die Rüstung fließt, fehlt in Schulen, Krankenhäusern, beim öffentlichen Nahverkehr, im Umweltschutz und bei den Renten – um nur die wichtigsten Baustellen zu nennen.

Bei der Verteilung von öffentlichen Mitteln in diesen Themenbereichen geht es um Gerechtigkeit. Und dies ist, wie die Friedensfrage, ein ureigenes Thema der Gewerkschaften.

Die Friedensbewegung dürfte mehr wahrgenommen werden, wenn die Gewerkschaften dabei sind und aktiv mitmachen. Dahin müssen wir wieder kommen, wenn wir wirklich eine Veränderung der deutschen Außenpolitik in Richtung Abrüstung und Kooperation erreichen wollen.



Ein ermutigender Schritt ist die Unterschriftenkampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“, die vom DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und von drei Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften unterschrieben wurde: von Frank Bsirske für ver.di, von Marlis Tepe für die GEW und von Michaela Rosenberger für die NGG. Aus dem geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall haben Wolfgang Lemb und Hans-Jürgen Urban unterzeichnet.

In Bremen sind gemeinsame Veranstaltungen und Kundgebungen von DGB und Bremer Friedensforum eine gute Tradition. In diesem Jahr ist es gelungen, Wolfgang Lemb von der IG Metall als Redner für eine gemeinsame Veranstaltung am 31. August und für die Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September zu gewinnen.

In der von Caren Emmenecker (Arbeit und Leben) moderierten Veranstaltung spricht Wolfgang Lemb

zum Thema „Gewerkschaften im Kampf für Frieden, Abrüstung und Rüstungskonversion“, Peter Ansorge von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung ergänzt: „Können wir es als Gesellschaft uns leisten, zwei Prozent der Arbeitsleistung in Rüstung zu investieren?“

Bei der von Barbara Heller (Bremer Friedensforum) moderierten Kundgebung zum Antikriegstag spricht neben Wolfgang Lemb auch der Bremer Markus Westermann von der Gewerkschaft ver.di.

Der Bremer Aufruf zum Antikriegstag 2018 lässt an Klarheit nicht zu wünschen übrig. Hier einige Auszüge:

„Alle Menschen waren und sind immer und überall die Leidtragenden von Kriegen. Nur wenige, vor allem die Rüstungskonzerne, profitieren vom Krieg. Wir wissen uns einig mit der Mehrzahl der Bevölkerung in unserem Land. Alle Meinungsumfragen der letzten Jahre zeigen: Es gibt deutliche Mehrheiten gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland, gegen Aufrüstung, gegen Rüstungsexporte. Auch den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen, die in Büchel in der Eifel auf den Einsatz warten, wollen die meisten Deutschen ebenso wie die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die deutsche Regierung.

Aber auf der politischen Ebene scheint sich die gegenteilige Entwicklung abzuzeichnen. Wir vermischen ernsthafte Bemühungen für zivile Konfliktlösungen. Die Kriege

in und gegen Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien haben Millionen Opfer gefordert. Viele Regionen sind unbewohnbar geworden. 70 Millionen Flüchtlinge suchen irgendwo auf der Welt einen Platz zum Überleben. Der Terrorismus findet in den zerstörten Ländern seinen besten Nährboden [...]. Aber auch für uns Europäer rückt die Kriegsgefahr näher. Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland erinnern an die Zeiten des Kalten Krieges. Eine gewaltige Rüstungsspirale läuft an. Der jährliche Rüstungsetat der BRD soll von jetzt 34 Milliarden auf etwa 70 Milliarden Euro erhöht werden. Schon jetzt gibt die NATO zehnmal so viel für Rüstung aus wie Russland.

Wir brauchen ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Nach zwei Weltkriegen, für die Deutschland die Verantwortung trägt, ist es an der Zeit, dass unser Land endlich Verantwortung für den Frieden übernimmt. Wenn das einflussreiche Deutschland, statt auf Militärbündnisse wie die NATO zu setzen, sich auf diplomatische Anstrengungen konzentriert, das Verhältnis zu Russland normalisiert und sich der Stärkung der UNO widmen würde, wäre viel gewonnen.

Statt immer mehr Geld für Kriege auszugeben fordern wir Geld für Soziales national und international... Wir fordern eine Politikwende! Kooperation statt Konfrontation! Abrüsten statt Aufrüsten! Offensive für Soziales!“

+++ aktiv gegen krieg +++

Spät entschädigt, nachträglich enteignet

Ludwig Baumann, Antifaschist und Friedensaktivist, war Wehrmachtsdeserteur. Nach einem Todesurteil saß er 19-jährig monatelang in der Todeszelle, bevor er begnadigt und mit dem „Bewährungsbataillon 500“ an die Ostfront geschickt wurde. Erst 2002 wurden die Unrechtsurteile gegen Wehrmachtsdeserteure – mindestens 15.000 von ihnen waren hingerichtet worden – aufgehoben und die letzten Überlebenden rehabilitiert. Erst danach hatten sie einen Anspruch auf eine Entschädigungsrente. Damit stehen sie nicht allein. Auch anderen Opfergruppen wurde über Jahrzehnte die Anerkennung vorenthalten, die Voraussetzung für Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ist.

Nun erfahren wir, dass die wenigen noch lebenden Opfer des Nazi-Terrors vom Ex-Finanzminister Schäuble einer besonderen Spar-Maßnahme unterzogen wurden. Im Dienste der „schwarzen Null“ wurde denen, die hierzulande jahrzehntelang um ihre Würde kämpfen mussten – um die Anerkennung, dass ihre Verfolgung „nationalsozialistisches Unrecht“ war! –, im Fall von Pflegebedürftigkeit die BEG-Rente auf ein „Heimtaschengeld“ zusammengestrichen. Das ist perfide und schlicht unanständig. Wir fordern den jetzigen Finanzminister Scholz auf, diese unwürdige Behandlung der NS-Verfolgten sofort zu beenden. Cornelia Kerth, VVN-BdA <https://www.facebook.com/sharer/sharer.php?u=https%3A%2F%2Fvvn-bda.de%2Fspaet-entschaedigt-nacht-raeglich-enteignet%2F>

+++ engagiert für den frieden +++

Zwei entgegengesetzte Traditionen: deutsche Außenpolitik und Karl Liebknecht

Ulrich Sander

Am 9. September 1915 wurden die Kriegsziele Deutschlands von Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg wie folgt definiert: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband [...] unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss

die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“

Die gesamte deutsche Außenpolitik und sämtliche deutsche Kriege danach hatten dieses Ziel. Heute heißt der Verband Europäische Union. Unter „äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung“ sichert er „die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa“.

Diese Kontinuität ist verbrecherisch, brandgefährlich und hoch aktuell. Sie muss bekämpft werden. Und dabei steht der alte und neue Hauptfeind im eigenen Land. Der

Jahresbericht des bayerischen Verfassungsschutzes (VS) hat jüngst der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) vorgeworfen, sie orientiere sich in verfassungswidriger Weise an Karl Liebknechts Losung vom „Hauptfeind im eigenen Land“. Der VS zitiert dabei einen Bundessprecher der VVN-BdA wie folgt: „In dieser Situation ist von breitesten Bündnissen der Blick auf unsere deutsche Verantwortung vor der Geschichte zu richten: Abrüstung und kein Krieg von deutschem Boden aus, kein Ramstein, kein Kalkar, keine Speerspitze im Münsterland. Zutreffend die VVN-BdA-Losung

mit Blick auf den *Hauptfeind im eigenen Land*: „deutsche Großmachtträume platzen lassen.“ Dies sei die „Linie Liebknechts“, warnt der VS.

Karl Liebknecht hatte im Kriegsmai 1915 in dem Text „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ vor dem Hintergrund des Kriegseintritts Italiens gegen Deutschland und Österreich geschrieben: „Die italienischen Kriegshetzer [...] sind nichts als die Abbilder der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. [...] Lernen und nicht vergessen aber gilt es vor allem, welch heldenmütigen Kampf unsere italienischen Genossen gegen den

Krieg [...] kämpfen. [...] Lasst ihren Geist unser Vorbild sein!“

Das gilt auch heute: Vorbild sind uns alle, die gegen Nationalismus und Rassismus, gegen Militarismus und Krieg auftreten. Statt deutsche Vorherrschaft muss es heißen: Raus aus der NATO, abrüsten statt aufrüsten. Nie wieder Krieg von deutschem Boden. Keine EU als Militärmacht. Und im Marx-Jahr fügen wir hinzu: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Ulrich Sander ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Hiroshima und Nagasaki mahnen – Nie wieder



Reiner Braun

6. August 2018

An diesem Montag um 7.30 Uhr ist es heiß und schwül in Hiroshima. Schweigend, mit Kerzen oder Blumen, begeben sich Zehntausende zum Friedenspark. Jung und Alt, Männer und Frauen, stammend aus allen gesellschaftlichen Schichten. Der Verkehr ruht in der sonst lauten japanischen Millionenstadt. Für einige Minuten herrscht Stille, die bei Eintreten in den Friedenspark fast gespenstisch wirkt. Die mahnenden Bilder und Skulpturen wirken auf jeden hier.

6. August 1945 – vor 73 Jahren

Um 8.14 Uhr sind Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger, aber auch viele Kriegsgefangene, auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, zur Universität in diesem letzten Kriegssommer. Am blauen Himmel tauchen zwei Flugzeuge der US-Air Force auf. Er habe „keine Gefahr“ vermutet, erinnert sich einer der letzten noch Lebenden Überlebenden – auf Japanisch „Hibakusha“. Zwei Maschinen, also keine Geschwader, sondern nur Aufklärungsflieger, wie so häufig in dieser bisher von Bombenabgriffen verschonten Stadt. Dann um 8.15

Uhr der Abwurf: der Atomblitz, die Flammen, der Wind, der ungeheure Druck – die Feuersbrunst. Radioaktivität ist nicht spürbar. Bis Ende 1945 waren 145.000 Einwohner von Hiroshima, auch Evakuierte, Kriegsgefangene aus China und Deportierte aus Korea, tot. Die Stadt ist ausgelöscht. Unfassbar das Leid der brennenden, dürstenden, nackten und vor sich hinstarrenden Überlebenden.

Heute bedrohen immer noch 15.000 Atomwaffen die Existenz des Planeten Erde und seiner Bewohner. 90 Prozent sind im Besitz

von den USA und Russland, aber auch Großbritannien, Frankreich und China verfügen „offiziell“ über Atombomben. Weitere Atomwaffenmächte sind Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Über die technischen Möglichkeiten, diese – auch schnell – entwickeln zu können, verfügen über 40 Staaten.

In den Einsatzplänen der Militärs aller Atomwaffenmächte ist der Einsatz akribisch geplant. In der NATO-Atomwaffendoktrin, verabschiedet auf dem NATO-Gipfel in Chicago 2012, ist sogar der Ersteinsatz offiziell festgeschrieben.

Die Atomwaffen aller Staaten sollen „modernisiert“ werden – so die politischen Pläne, die überall auf Widerstand stoßen (siehe S. 4).

In Deutschland lagern in Büchel immer noch 20 US-Atomwaffen. Auch diese sollen in den nächsten Jahren durch neue ersetzt werden. Deutsche Soldaten üben mit ihnen, deutsche Flugzeuge mit deutscher Besatzung sollen sie ins Ziel bringen. „Nukleare Teilhabe“ heißt diese völkerrechtswidrige Mitverfügung über Atomwaffen.

Atomwaffen verstoßen gegen

das „humanitäre Völkerrecht“. Sie unterscheiden nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten. Glück – und nicht politische Klugheit oder die Abschreckungsstrategie – haben einen weiteren Einsatz bisher verhindert. Die sogenannte nukleare Abschreckung ist das Spiel mit dem Feuer.

Immer mehr Menschen wehren sich weltweit gegen den atomaren Wahnsinn. Eine historisch einzigartige Koalition aus der UN, Regierungen, Diplomaten, vielfältigen gesellschaftlichen Organisationen einschließlich Rotes Kreuz und der internationalen Friedensbewegung haben den Atomwaffenverbotsvertrag („Ban Treaty“) erarbeitet. Er wurde 2017 von der UN beschlossen. Er muss gegen den massiven Widerstand und die umfassenden Interventionen der Atomwaffenmächte erkämpft werden. Der Ban Treaty kann die Tür öffnen zu einer Welt ohne Atomwaffen.

Es bleibt dabei, was Albert Einstein im Anblick des Grauens der Atomwaffenabwürfe gesagt hat: Entweder die Menschheit schafft die Atomwaffen ab, oder diese irgendwann die Menschheit.

+++ aktiv gegen krieg +++

Städte solidarisch mit UN-Verbot für Atomwaffen

Bereits in mehreren Städten konnte durch Aktivitäten von Friedensgruppen erreicht werden, dass die jeweilige Kommune für den Beitritt Deutschlands zum UN-Vertrag „Verbot aller Atomwaffen“ eintritt. In Bremen z.B. unterstützen diese Forderung sogar die Landesregierung und das Landesparlament. Ein Bericht und ein praktisches Beispiel aus Köln:

„In Köln schaffte es am 10. April 2018 eine Bürgereingabe, dass der Petitionsausschuss die Forderung nach Atomwaf-

fen-Verbot unterstützt. Als Petenten für das Friedensforum Köln sprachen Peter Förster, AK Zivilklausel Universität Köln, und Pfarrer Hans Mörtter, Ev. Gemeinde Köln. Zu Beginn seiner Ausführungen legte Herr Förster zudem 760 Unterschriften vor, mit denen sich diese Kölnerinnen und Kölner mit der Abschaffung dieser Vernichtungswaffen solidarisch erklären. Etwa 20 von ihnen hatten vor dem Rathaus demonstriert. Am Ende stimmte der ‚Petitionsausschuss‘ der Bürgereingabe für die Abschaffung der Atomwaffen zu. Nun ist der Rat von der Entscheidung in Kenntnis gesetzt; die des Stadtrates muss abgewartet werden.“ Hannelore Morgenstern, Köln (Auszug: Friedenssteuer Nachrichten Juli 2018).

+++ engagiert für den friedem +++

Aufruf zum Antikriegstag am 1. September 2018 der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“

Aktiv für Abrüstung eintreten – am Antikriegstag und darüber hinaus!

Am Antikriegstag gedenken wir den mehr als 80 Millionen Opfern der beiden Weltkriege. Die historische Lehre aus zwei Weltkriegen heißt für uns: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Aber auch „Nie wieder Aufrüstung!“. Aufrüstung bringt keine Sicherheit und keinen Frieden. Aufrüstung heizt internationale Konflikte weiter an. Waffen, die entwickelt werden, kommen auch zur Anwendung. Deshalb Schluss damit!

Hundert Jahre nach Ende des 1. Weltkrieges befindet sich die Welt wieder einmal in einer dramatischen Rüstungsspirale. Statt mehr Geld in die Lösung der großen globalen Probleme wie Armut oder Klimawandel zu stecken, wurden 2017 unfassbare 1,4 Billionen Euro weltweit für Rüstung ausgegeben. Deutschland spielt dabei eine gewichtige Rolle. Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, den Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren kontinuierlich zu steigern. Ziel soll sein, dass 2% des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung aufgewendet werden. Dies würde nach Aussagen der Stiftung Wissenschaft und Politik 2024 85 Milliarden Euro bedeuten, d.h. jährlich sollen bis zu 40 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Diese Gelder fehlen vor allem bei Bildung, Wohnen, Altenpflege und Umwelt. Ein Wahnsinn, dem wir

entgegenzutreten. Abrüstung ist das Gebot der Stunde – national wie international.

Der Protest gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung nimmt Fahrt auf! Den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ haben bereits über 70.000 Menschen unterschrieben (Stand 10.8.2018). Ein erstes erfolgreiches Zeichen für den Wunsch nach Abrüstung. Daran müssen wir gemeinsam weiter arbeiten!

Der Antikriegstag am 1. September, mit seinen vielen Veranstaltungen von Gewerkschaften und Friedensgruppen, ist ein geeigneter Anlass, um weitere Unterschriften für den Aufruf zu sammeln, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und Zeichen für Frieden und Abrüstung zu setzen. Nur gemeinsam können wir die Aufrüstungspläne stoppen.

Mit dem 1. September beginnt für die Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ eine intensive Aktionsphase, die bis zum Jahresende gehen wird. In dieser wollen wir bis zu den Haushaltsdebatten im November weitere Unterschriften sammeln und diese symbolisch an Abgeordnete in Berlin übergeben sowie in Gesprächen mit Abgeordneten weitere Unterstützung erreichen. Für den 1-4. November bereiten wir bundesweite

Aktionstage mit Protestaktionen und dezentralen Demonstrationen vor.

Wir wenden uns an alle, die den Wahnsinn der Aufrüstung in einer Welt voll Hunger, Armut, sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht länger schweigend und stillhaltend hinnehmen wollen:

Mach mit! Unterzeichne den Aufruf! Sammele selbst Unterschriften! Werde aktiv und beteilige Dich an den Aktionen!

Weitere Infos: Initiative abrüsten statt aufrüsten: www.abruesten.jetzt / info@abruesten.jetzt

Terminübersicht zum Antikriegstag beim Netzwerk Friedenskooperative: www.friedenskooperative.de/termine-antikriegstag-2018

Material bestellen (Aufruf/ Unterschriftenliste, Zeitung, Aufkleber und Poster): www.friedenskooperative.de/shop/abruesten_statt_aubruesten